

Die "Freiheit" erscheint täglich zweimal, Sonntags und Montags nur einmal, mit den Unterhaltungsbeilagen "Grüne Welt", "Braune Welt" und "Der Jugend-Waffen". Der Bezugspreis beträgt bei halber Postleistung und Haus für den Monat April 25.- M., im voraus zahlbar. Durch die Post bezogen 30.- M. Bestellungen nehmen sämtliche Postämter entgegen. Unter Circuland bezogen für Deutschland, Dänzig, das Saar- und Westfalen sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Rußlands 60.- M., für das übrige Ausland 87.- M.

Die schwebelohnte Nonpareil-Stein- oder deren Raum kostet 12.- M. einschließlich Insektensteuer. Kleine Anzeigen: Das festgedruckte Wort 2,50 M., jedes weitere Wort 1,75 M. einschließlich Insektensteuer. Laufende Anzeigen laut Tarif, Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3.- M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das festgedruckte Wort 2.- M., jedes weitere Wort 1,50 M.

Fernsprecher Zentrum 152 90-152 99

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Immer neue Zwischenfälle in Genua

Die Genuaer Konferenz wurde einberufen, weil man in allen Lagern einzutreten begann, daß mit der bisher geübten Notenpolitik der verfahrenen Karren immer mehr verfahren werden muß. Was man aber bisher in Genua übte, war letzten Endes nichts weiter als die Fortsetzung dieser auf der ganzen Linie bankrotteten Notenfabrikation. In den Unterkommissionen brütet man über den Stoffen, die die Hauptkommission für eine blendende Vorführung im Plenum vorbereiten soll.

Trotz munteren Redestuffes in den Unterkommissionen hat man von irgend etwas Positivem bisher nichts gehört. Desto aufsehenerregender ging es hinter den Sonderberatungskulissen zu. Und diese Sonderberatungen führten schließlich zur Fortsetzung der Notenübermittlung in konzentrierter Form. Auf die Antwortnote der deutschen Delegation haben nun die Vertreter der großen und kleinen Entente mit einer geharnischten Note erwidert. Sie lautet in ihrem Tenor:

Nach ihrem Schreiben ist die deutsche Delegation zum Abschluß des Sonderabkommens mit Rußland durch die Weigerung gezwungen worden, die die Delegierten der einladenden Mächte gegen die Prüfung erster Schwierigkeiten erhoben hatten, die die von ihren Londoner Sachverständigen aufgestellten Vorschläge Deutschland bereitet hätten. Die unterzeichneten Vertreter der eingeladenen Mächte haben eine Untersuchung bei den Mitgliedern ihrer Delegationen veranlaßt und festgestellt, daß nicht der Schatten eines Beweises für diese Behauptung vorliegt. Die Behauptung, daß die offiziellen Beratungen mit den Russen über die Anerkennung der Schulden die Delegation der Gefahr ausgesetzt hätte, sich einem für Deutschland unannehmbaren und von der Mehrheit der Mitglieder der Kommission bereits gebilligten Entwurf gegenüber zu sehen, ist gleichfalls unbegründet. Kein Entwurf wird von der Konferenz angenommen oder hätte von ihr angenommen werden können, ohne die volle Möglichkeit seiner Erörterung in den zuständigen Kommissionen und Unterkommissionen; und in diesen Kommissionen und Unterkommissionen war Deutschland auf dem Fuße der Gleichberechtigung mit den anderen Mächten vertreten. Ein Irrtum über die Tragweite der Sachverständigenvorschläge oder eine falsche Auslegung der offiziellen Unterhaltungen mit den Russen hätte wohl das Verlangen nach einer eingehenden Erörterung mit den Kommissionen der Konferenz rechtfertigen können. Dagegen können sie in keiner Weise das verfolgte Verfahren rechtfertigen, und die Unterzeichneten können nur bedauern, daß ihre Note den Versuch macht, auf diese Weise anderen Mächten die Verantwortung für ein Verfahren zuzuschreiben, das mit dem für die Wiederherstellung Europas notwendigen Weite loyaler Zusammenarbeit so sehr im Widerspruch steht.

Die Unterzeichneten behalten ihren Regierungen ausdrücklich das Recht vor, alle Bestimmungen des deutsch-russischen Vertrages als null und nichtig anzusehen, die etwa als geltenden Verträgen zuwiderlaufend befunden werden. Der Zwischenfall soll jetzt als abgeschlossen angesehen werden.

Dagegen wird von zuständiger deutscher Seite erklärt, daß sie weiter nichts behauptet habe, als daß Besprechungen zwischen Mitgliedern der deutschen Delegationen und Mitgliedern anderer Delegationen über die Verhandlungen mit Rußland stattgefunden haben. Die deutschen Interessen hätten ihre vertragsmäßige Form bereits gefunden. Die Rechtsfrage sei geprüft und selbst die englischen und italienischen Sachverständigen hätten das Bestehen eines Widerspruchs mit dem Verfallter Vertrag verneint. Demnach charakterisiere sich der Vorbehalt der Entente als ein rein formaler.

Anders beurteilt Barthou, der Führer der französischen Delegation, die Dinge. In einem Briefe an den Vorsitzenden der Konferenz, dem italienischen Minister Facta, bestreitet er die Zulässigkeit des deutsch-russischen Vertrages, bezeichnet die in der deutschen Note aufgestellten Behauptungen als "lägerlich" und fordert erneute Zusammenberufung der Häupter der Delegationen, um über die durch die deutsche Note geschaffene Lage zu beraten. Der Reichsfanzler Virchow hat gegen die Behauptung Barthous, die deutsche Note enthalte lägerliche Behauptungen, "entschiedenen Einspruch" erhoben und sie als "eine solche beleidigende Anschuldigung" bezeichnet, durch die der von Facta "so tatkräftig vertretene Geist von Genua aufs schwerste verletzt" werde.

Noch einen anderen Zwischenfall gab es. In einer am Sonnabend stattgefundenen Sitzung der Sachver-

ständigen, die sich mit den russischen Fragen beschäftigten, erklärte der französische Delegierte Soudouy, er müsse, bevor er an weiteren Sitzungen teilnehme, nachdem russische Memorandum erschienen sei, zunächst nähere Instruktionen seiner Regierung einholen. Eine Entgegnung des russischen Vertreters, Rafowski, wurde durch Schluß der Sitzung unmöglich gemacht. Die russische Delegation sah sich daraufhin veranlaßt, in einem Schreiben an den Vorsitzenden der Unterkommission zu erklären, daß das russische Memorandum als eine Antwort auf das der Londoner Sachverständigen angesehen werden müsse und die Meinung der russischen Delegation im ersten Stadium der Besprechung darstelle. Sehr energisch wenden sich die Franzosen gegen die Streichung der russischen Kriegsschulden. Nach einer Meldung der Agence Havas gab es auch in dieser Frage einen Zwischenfall. Ueber eine Sitzung des Ausschusses der sieben Sachverständigen berichtet das genannte Telegraphenbureau:

Die Sitzung war sehr kurz, da die russischen Sachverständigen mit Rücksicht auf die Abwesenheit der Sowjetabgeordneten, welche durch einen Empfang beim König zurückgehalten waren, ihre Vertagung auf den Nachmittag beantragten. Immerhin beantragte ein russischer Sachverständiger, eine wichtige Bemerkung vorbringen zu dürfen. Er hob hervor, daß das von Tschitscherin englisch abgefaßte Schreiben schlecht ins Französische übersetzt worden sei und daß die Annahme der Bedingungen der Alliierten durch die Sowjetregierung davon abhängig sei, daß die Kriegsschulden und deren rückständige Zinsen sowie die Zinsen aller übrigen Schulden gestrichen werden, anstatt wie es gestern hieß, nur herabgesetzt werden sollten. Daher wurde der englische Wortlaut mit dem französischen verglichen und festgestellt, daß das englische Wort "written down" laute, welches den Sinn von Herabsetzung hat und nicht den von Streichung, den ihm die Russen heute beilegen. In diesem Falle müßte es "written off" heißen.

Die Agence Havas wirft den Russen vor, daß sie die allgemeinen Bedingungen nur unter dem Vorbehalt annehmen wollen, daß ihre Kriegsschulden und die Zinsen ihrer Schulden gestrichen werden. Die Denkschrift sei von Widerstand und Kampfesgeist erfüllt.

Alles in allem: Von Verständigung in den auf der Tagesordnung stehenden Fragen ist noch nichts zu spüren. Dagegen toben sich die Gegenätze mit immer neu ausbrechender Wucht aus. Kapitalistische Wirtschaftspolitik und Völkerverständigung sind an sich schon ein Widerspruch. Die Konferenz in Genua erweist es aufs neue. Alle Welt sieht den Untergang vor Augen, wenn nicht endlich wenigstens für einige Zeit über die brennendsten Fragen eine Verständigung gefunden wird. Trotzdem wird unentwegt der Tanz auf dem Vulkan fortgesetzt.

Eine Drohung Lloyd Georges

(W.F.) Paris, 24. April.

Auf die gestrige Rede Brattains bei der Beratung zur Bechtelung der Antwort an Deutschland hat Lloyd George, wie die Pariser Morgenpresse meldet, geantwortet, das Einverständnis der Alliierten dürfe keinen anderen Zweck haben, als die Aufrechterhaltung des Friedens. Das erkläre er offen im Namen der englischen Delegation. Wenn es sich darum handele, den alten Kampfesgeist, die alten Gegenätze aufrecht zu erhalten, dann werde die englische Demokratie absolut und endgültig außerhalb dieser Entente bleiben. Ereignisse der letzten Tage hätten den Enthusiasmus des englischen Volkes für das Einverständnis mit den Alliierten ernüchert.

Die Reaktion in Polen

Wie der "Vorwärts" meldet, sind die sozialdemokratischen Redakteure wechelpolischer Zeitungen, Panfraz und Burakowski zu Haftstrafen verurteilt worden, weil sie sich gegen die Ausnahmegesetze gegen Deutsche und Kommunisten gewandt hätten. Die Verurteilungen erfolgten beziehungsweise auf Grund des § 131 des Deutschen Strafgesetzbuches wegen Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen.

Der Prozeß der Sozialisten-Revolutionäre

Wie die "Note Fahne" meldet, hat Nadel ein Telegramm erhalten, demzufolge der Termin für den Prozeß der Sozialisten-Revolutionäre noch nicht festgesetzt ist. Er werde jedenfalls so angelegt werden, daß die beliebigen Verteidiger der SR, ihn nicht verpassen würden.

Die preußischen Gemeinde-Verfassungsgesetze

B. A. Das preußische Ministerium des Innern hat jetzt endlich, mehr als drei Jahre nach dem Umsturz, die Entwürfe für die Neuordnung der Gemeindeverfassungen dem Landtag zugeleitet und sie gleichzeitig im Reichsanzeiger veröffentlicht. Der erste Blick in die Landgemeindeordnung und die Städteordnung belehrt bereits darüber, daß beide Entwürfe erfüllt sind von dem Geiste des vornovemberlichen Preußen und daß kein Hauch eines neuen Geistes in ihnen zu verspüren ist. Die völlige Unfähigkeit zur Neugestaltung, die unser ganzes staatliches und politisches Leben so erschreckend kennzeichnet, hat in diesen Dokumenten einer vergangenen Epoche erneut einen klaren Ausdruck gefunden. Von Anfang bis zu Ende sind die Gesetzesparagrafen von der Einstellung des alten Obrigkeitsstaates erfüllt, der nur ungern und widerstrebend gemeindliche Selbstverwaltung duldet und auf dem Umwege über das Polizei- und das Aufsichtsrecht erfolgreich danach strebt, jede wirkliche Selbstverwaltung auszuschließen, weil sie in einem gefährlichen Gegensatz zu der Grundgesinnung dieses preussischen Staatswesens stand und Entwicklungsmöglichkeiten des Volkes freimachen konnte, die der auf Untertanengeinnung und Disziplin eingestellten Staatsidee auf das Entschiedenste entgegengegesetzt sein mußten. Könnte man dergestalt aus der Wesensart des wilhelminischen Staatswesens heraus die Feindschaft gegen eine starke Selbstverwaltung verstehen, so muß man um so entschwieber es verurteilen, daß die jetzt vorgelegten Entwürfe, im Grunde genommen, genau die gleiche geistige Einstellung aufweisen. Nichts kann deutlicher zeigen, wie sehr der Geist der alten Verwaltungsbeamten in den Ministerien noch herrscht, als diese Vorlagen, die von allen am kommunalen Leben Preußens und Deutschlands interessierten Menschen seit langem gefordert und mit Spannung erwartet wurden, die aber nun bei ihrer Veröffentlichung eine Enttäuschung hervorrufen müssen, die selbst bei den geringen Erwartungen, die man erfahrungsgemäß den Kindern bürgerlich-rechtssozialistischer Ehegemeinschaft entgegenzubringen pflegt, außerordentlich genannt werden muß.

Die Erfahrung, daß rechtssozialistische Minister preussischer als der König von Preußen sein können, die wir uns so manchen Reden und Äußerungen von Braun oder Severing gewinnen konnten, wird durch den Geist dieser Gemeindeverfassungsgesetze weiter vertieft. Die Staatsaufsicht wird in einem Umfange aufrechterhalten, der jeder freien Entwicklung hemmend sein muß, das Bestätigungsrecht der Aufsichtsbehörde, das nicht nur von sozialistischen, sondern auch ehrlich demokratischen Politikern von jeher bekämpft worden ist, wird nicht abgeschafft, die Klaniel, daß aus politischen Gründen eine Ablehnung nicht erfolgen dürfe und daß ein geordnetes Beschwerdeverfahren gesichert ist, wird keinesfalls davor schützen, daß nach oben mißliebige Persönlichkeiten mangels Geeignetheit" abgelehnt werden. Auch sonst gibt es zahlreiche Klauselparagrafen, die nur dazu dienen werden, der Aufsichtsbehörde die erwünschte Möglichkeit zur Einmischung zu geben. So, wenn es im — anscheinend aus kommunalisierungseindlicher Einstellung entstandenen — Paragraphen 70 der Städteordnung heißt: "Die privatwirtschaftliche Betätigung einer Stadt muß nach Größe und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zu ihrer Größe und Leistungsfähigkeit stehen und darf die Erfüllung ihrer öffentlichen Aufgaben nicht beeinträchtigen." Es ist ganz klar, daß dieser Satz dazu dienen wird, bei jeder Gelegenheit wirtschaftlicher Gemeindebetätigung an die Aufsichtsbehörde heranzutreten, damit sie im Interesse des Privatkapitals die größten Schwierigkeiten zu bereiten vermag. Wer die Freude kennt, mit der man sozialistischen Stadtverwaltungen in zahlreichen Amtsstuben entgegenarbeitet, kann sich eine Vorstellung davon machen, wie eine derartige Bestimmung angewandt werden wird, um neue Projekte undurchführbar zu machen und den Gemeindevertretern jede initiative Betätigung auf Neuland zu verwehren.

Sehr seltsam muten auch die Bestimmungen über die Gemeindefinanzwirtschaft an, die ihren unter den heutigen Verhältnissen besonders schönen Niederschlag in dem Satz finden, daß "Ausgaben, welche in den Haushaltungsplan nicht eingestellt sind oder seine Anlage überschreiten, nur unter gleichzeitiger Bereitstellung vollständiger Deckung bewilligt werden dürfen."

Demonstration der Kriegsbeschädigten

Der Internationale Bund der Kriegsopter hatte zum geistigen Sonntag zu einer Demonstration nach dem Bittenbergplatz angerufen. Tausende von Kriegsoptern, die unzählige rote Fahnen und auf die Not der Kriegsopter bezügliche Transparente mit sich führten, hatten dem Aufruf Folge geleistet.

Unterstützt die Hamburger Volksfürsorge

Der Bezirksrat der Hamburger Volksfürsorge bittet um Veröffentlichung folgenden Aufrufes: Arbeiter und Angehehlte!

Die Versicherungsangestellten stehen im Kampf. Sie kämpfen um das bescheidene Existenzminimum, welches der Schiedsgericht des Arbeitsministeriums ihnen zugestanden hat. Die Arbeitgeber haben den Schiedsgericht abgelehnt.

Nach das Verbrennen wird teurer. Die Gebühren für die Einäscherung in dem Berliner Krematorium betragen seither bei Verwendung eines Holzlagers 250 M. und eines Metalllagers 350 M. Der Magistrat hat beschlossen, diese Gebühren auf 400 und 500 M. zu erhöhen.

Vortrag Dr. Max Deri. Anlässlich der Kunstausstellung, die vom 9.-30. April in der Aula der Hörschule stattfindet, veranstaltet die Deputation für Kunst und Bildung des Verwaltungskomitees Köpenick am Dienstag, 26. April, abends 7 1/2 Uhr in der Aula der Dorotheenschule Köpenick, Freiheit, einen Vortrag des Kunsthistorikers Dr. Max Deri über das Thema: 'Wilde Kunst, Dichtkunst und Kunst in ihren Beziehungen'.

Beirksamt Wedding. Der für Dienstag, den 26. d. M. angekündigte Vortrag über das Jugendwohlfahrtsgesetz findet nicht statt.

Proletarische Feiertunden. Sonntag, den 30. April, vormittags 11 Uhr, findet im Großen Schauspielhaus die nächste Veranstaltung statt. Es wird dieser Feiertunde der Matinee zugrunde gelegt. Das Bühnen-Orchester, Männerchöre und der Sprech-Chor für die proletarischen Feiertunden wirken mit.

Verstärkter Straßendienst der Schutzpolizei. Zur Beobachtung der augenblicklichen Unruhe, besonders im Westen Berlins, werden bis auf weiteres die dortigen Teile der Schutzpolizei für den Straßendienst verstärkt. Insbesondere wird berittene Polizei - am Tage als Verkehrspolizei und nachts zur Verstärkung des Streifendienstes - eingesetzt werden.

Der Frauenmord an der Wallenbrücke. Die Abhörungen der Spree nach der Leiche der an der Wallenbrücke in das Wasser geworfenen Frauenderson waren bis jetzt ergebnislos. Sie werden jedoch am heutigen Montag von dem Wasserforschungsforseger. Da an der Stelle verdeckte Röhre und Abflüsse liegen, so kann die Leiche sich dort irgendwo festgesetzt haben.

Der Lärkenmord in der Ulfandstraße harri noch immer der Aufklärung. Es werden von der Kriminalpolizei eine ganze Reihe von Spuren verfolgt. Ob der noch im Haft sitzende Student Berberian aus Leipzig als Mitbeteiligter in Frage kommt, erscheint äußerst zweifelhaft.

herrschaft über ein anderes ausübt. Alle Kräfte der internationalen Arbeiterklasse müssen der Revision der bisherigen Wirtschaftspolitik, deren Bankrott wir täglich erleben, gewidmet sein. Die Untersuchungen über die internationalen Kredite gehen gut voran. Aber wir müssen verlangen, daß diese nicht von dem internationalen Konjunktur der Plutokraten, sondern von dem freien Willen der Völker geführt werden.

Die internationalen Kredite müssen dazu dienen, die Arbeiter zu unterstützen, nicht aber dazu, die Gewinne des Kapitals zu vergrößern.

Jouhaux fordert die Solidarität der Nationen und den Ausschluß jeder Hegemonie. Er erklärt, daß die erste Bedingung zur Befriedigung der Entwaffnung und die Wiederherstellung des Friedens sei.

Nach kurzer Pause ward in die Diskussion des von Jouhaux gehaltenen Referats übergegangen. Als erster Redner sprach Leipart-Deutschland, der die Ausführungen Jouhaux ohne Einschränkung unterstützte und die Lage der deutschen Arbeiterklasse, die unter traurigen Verhältnissen lebe und besonders unter der Arbeitslosigkeit leide, schilderte. Das Elend und die fortschreitende Geldentwertung seien die Früchte der Entente-politik. In längerer Ausführungen legt dann Leipart dar, daß die Option der deutschen Arbeiterklasse seit der Konferenz von Paris darauf gerichtet war, von den deutschen Kapitalisten eine Wirtschaftspolitik zu fordern, die den Interessen der Allgemeinheit Rechnung trage.

Danach schildert Leipart den Anteil, den die deutsche Arbeiterschaft an dem Zustandekommen des Wiesbadener Abkommens genommen habe, und die Hoffnungen, die sie in dieses Uebereinkommen setzen. Die deutschen Arbeiter hätten schon immer auf dem Standpunkt gestanden, daß die niedrige Saluta kein Ansporn sein dürfe für die Konkurrenz, sich auf Kosten der anderen Länder zu bereichern. Die deutsche Arbeiterschaft habe das Wiesbadener Abkommen unterstützt, weil dieses der Spekulation einen Riegel vorschleibe.

Zum Schluß seiner Darlegungen schlägt Leipart vor, daß zur Abstimmung über den Antrag Jouhaux eine Kommission eingesetzt, sondern daß dieser ohne weiteres angenommen werden solle.

Turner-England erklärt, sich den Ausführungen Jouhaux und Leiparts anschließen zu wollen und tritt, nachdem er die Arbeitslosigkeit in England geschildert, dafür ein, daß auch die englischen Arbeiter auf eine Politik des Wiederaufbaus hinarbeiten sollen. Von der Genuefer Konferenz dürfe man nicht zu viel erwarten, schon deshalb nicht, weil Amerika an dieser Konferenz nicht teilnehme.

Es gelte nicht, einzelne Konferenzen abzuhalten, sondern eine Konferenz.

auf der die Meinung aller Völker zum Ausdruck kommen könne, solle organisiert werden. Die Reparationen kämen nicht den Arbeitern, sondern nur dem Kapital zugute. Die Verteilung des Achtstundentages sei eine unbedingt notwendige Aufgabe der Internationale.

Bruggi-Italien erklärt, daß auch Italien, das zu den reichsten Orientländern gehöre, die trostlose Wirtschaftslage der Nachkriegszeit zu spüren bekommen habe. Während man in Genua über den Wiederaufbau Europas konferiere, werde gleichzeitig eine Politik der separaten Wirtschaftsverträge betrieben. Der färglich zwischen Frankreich und Polen abgeschlossene Vertrag mache letzteres zum Tributär Frankreichs. Der Handelsvertrag zwischen Frankreich und Italien richte Schutzölle auf und schleße so den italienischen Handel aus. Diese Politik werde in ganz Europa verfolgt, wo die Länder an andere Kriegsschulden bezahlen sollen, die selber wiederum Schuldner sind. Dieser circulus vitiosus müsse unbedingt beseitigt werden. Die Internationale solle rege Propaganda treiben, um die Regierung zum gegenseitigen Verzicht auf die Kriegsschulden zu bewegen. Zum Schluß seiner Ausführungen weist der Redner an Hand statistischer Erhebungen die großen Gewinne des Kapitals in allen Ländern nach. Es seien gegenwärtig zwei Hauptfragen zu lösen:

Annulierung der Kriegsschulden und Beschaffung der Rohstoffe.

Das Monopol für Rohstoffe besitzen England, die Vereinigten Staaten und Frankreich, wobei aber letzteres bald unter der wirtschaftlichen Abhängigkeit von England stehen werde. Der Allgemeine Gewerkschaftsbund Italiens fordert das Sekretariat auf, seine Arbeit mit den Vereinigten Staaten zu aktivieren und die Arbeiter Amerikas für die Internationale zu gewinnen.

Radlen-Däne markiert ein Bild von der wirtschaftlich trostlosen Lage der skandinavischen Länder. Alto-belli-Italien spricht für die Landarbeiter in Italien, die von den Agrariern in einem Zustande, der an Sklaverei grenzt, gehalten werden. Das Problem der Emigration müsse von der Internationale unbedingt behandelt werden.

In der nach Schluß der Debatte vorgenommenen Abstimmung wurde die Resolution Jouhaux einstimmig angenommen.

Die Sitzung wurde um 7 Uhr abends auf Montag vertagt.

Von unserem Sonderberichterstatter. T. S. Rom, 20. April 1922.

Die diesmalige Tagung der wirtschaftlichen Organisationen des Weltproletariats hat durch Ort und politische Verhältnisse ihre besondere Bedeutung erhalten: Im gleichen Pande, ja zur gleichen Zeit sind die Vertretungen der bürgerlichen Regierungen in Genua zusammengetreten, zusammengezwungen durch die harte Notwendigkeit, nach Wegen zu suchen, das zerstörte Gleichgewicht der Weltwirtschaft wiederherzustellen, die verhängnisvollen Folgen ihrer eigenen kurz-sichtigen Politik zu korrigieren, aber dennoch nicht

wagend, die zur Erreichung dieses Zieles wichtigsten Punkte auf die Tagesordnung zu setzen. Dazu droht noch insolge der gegenseitigen Rivalitäten selbst die sehr begrenzte Aufgabe, zum Scheitern verurteilt zu sein. In Rom indessen, wo sich die Proletarierdelegierten aller Länder zusammenfinden, ist man entschlossen, die Fragen aufzunehmen und zu klären, an die die bürgerlichen Regierungen nicht zu rühren wagen und die dennoch allein die von allen Völkern so sehr herbeigewünschte Gesundung Europas, einen wahren Völkerfrieden herbeizuführen. Das zeigt schon die Bedeutung der zu fassenden Beschlüsse an und kam nicht nur durch den Tagungsort, sondern auch die Zusammenlegung des Kongresses zum Ausdruck.

Außer den Delegierten der angeschlossenen Landeszentralen waren auch die Vertreter der internationalen Berufsetretariate herbeigerufen und angewiesen, die damit den ersten Willen zum Ausdruck bringen, für die Durchführung der zu fassenden Beschlüsse auch alle organisatorischen Vorbereitungen zu treffen. Man zeigte so die feste Entschlossenheit, es nicht nur bei schönen Beschlüssen sein Bewenden haben zu lassen, sondern die Internationalität durch entsprechendes Handeln zur Auswirkung zu bringen.

Diesen Geist proletarischer Internationalität atmete denn auch bereits die Eröffnungsfeier, in der zunächst d'Aragona die Grüße des italienischen Proletariats überbrachte. In markanter Weise stellte er die beiden Tagungen in Genua und Rom einander gegenüber und folgerte daraus die Pflicht der proletarischen Konferenz, die Punkte aufzunehmen, zu deren Behandlung die Regierenden weder gewillt, noch imstande sind. Dies gilt insbesondere für den von der Genuefer Konferenz ausgeschiedenen Punkt der Entwaffnung.

d'Aragona legt Wert darauf zu unterstreichen, daß während in Genua alle Vertretungen nationale Interessen in den Vordergrund treten lassen, auf dieser Arbeiter-tagung wahrhaft internationaler Geist zum Ausdruck gebracht werde, dessen Betätigung das italienische Proletariat stets so aufgesetzt habe, daß es in erster Linie die Bourgeoise des eigenen Landes bekämpfte. In gleicher Weise sei es Pflicht des gesamten Proletariats, mit aller Kraft dafür einzutreten, daß die internationalen Gesichtspunkte stets den nationalen vorangestellt werden.

Namens des Vorstandes des IGB, war es sodann Thomas (England), der die Delegierten von 24 Millionen organisierten Arbeitern und Arbeiterinnen begrüßte. Auch er wies auf den historischen Moment der Tagung hin und betonte dabei die Notwendigkeit, von der Vergangenheit loszukommen, die nur Not und Elend über die Völker gebracht. Dies sei der beste Beweis dafür, daß die heutige Gesellschaftsordnung nicht mehr imstande ist, die Welt zu retten. Beträgt doch heute die Stärke der stehenden Heere trotz der deutschen Entwaffnung eine Million mehr, als in der Vorkriegszeit. Ueberall herrscht der größte Mangel an Waren, trotzdem existieren zurzeit über 10 Millionen Arbeiter, die nach Arbeit schreien, und denen das Recht auf Arbeit versagt wird. Keine Nation kann völlig unabhängig von den anderen existieren. Und wenn die Vertreter der verschiedenen Nationen dieses Kongresses auch keine gemeinsame Sprache sprechen, so vereinige sie doch ein gemeinsames Band der gleichen Gesinnung.

Frankreich sei stolz auf seinen Militarismus, seine starke Okkupationsarmee, aber die französischen Proletarier beurteilen die Lage nicht nach diesen militärischen Leistungen, sondern nach der Not und dem Elend, das ihnen der Militarismus brachte. Ebenso möge es in Deutschland und noch Militaristen geben, die die alte Zeit wieder herbeiwünschen. Ganz anders aber denken die deutschen Arbeiter. Auch in England fehlt es nicht an Jingos, aber die englischen Arbeiter wissen, daß es letzten Endes nicht die Besiegten allein sind, die die Kosten des Krieges zu tragen haben, sondern die Proletarier sowohl der Siegerstaaten als auch der Besiegten. Rußland gegenüber sprach er den Wunsch aus, daß auch die russischen Gewerkschaften bald auf den Kongressen des IGB vertreten sein möchten, wenn dies auch nicht von den jetzigen Vertretern Rußlands zu erwarten sei, die heute behaupten, die russischen Arbeiter zu vertreten.

Dieser internationale Arbeiterkongress, der größte, der je zusammengetreten, sei der einzige, der im Namen einer einzigen internationalen Bewegung das Wort ergreifen könne. Redner wünscht, daß es gelingen möge, praktische, aufbauende Arbeit zu leisten und neue Hoffnung auf eine bessere Zukunft zu erwecken.

Am Nachmittag hatte die italienische Gewerkschaftszentrale von Rom die Kongressdelegierten zu einem Empfang in ihren eigenen Räumlichkeiten eingeladen. In einer kurzen, temperamentvollen Ansprache erklärte d'Aragona, daß die italienische Gewerkschaftszentrale zwei Sätze nötig habe, zunächst den Hauptstift in Mailand, als dem Zentrum des industriellen Norditaliens; die Errichtung der Nebenstelle in Rom zeigte sich notwendig, um auch eine ständige Vertretung in der Hauptstadt, dem Sitz der Regierung und Ministerien, zu haben. Zwischen beiden Zentralen bestehe ständige Telefon-Verbindung.

Die italienischen Gewerkschaften haben keinerlei Verbindung mit der Bourgeoise. Sie fühle sich vielmehr in stärkster internationaler Solidarität mit dem Weltproletariat vereint.

Jouhaux (Frankreich), der namens der Delegierten erwiderte, wünscht, daß das Erleben der hehren Vergangenheit auf dem klassischen Boden der Antike, die in gewissem Sinne auch internationalen Geist vertrat, dazu beitragen möge, die Tagung mit dem besten internationalen Geist zu beselen.

Aus der Pariser

Hef 8 von 'Unser Weg', herausgegeben von Paul Levi, ist erschienen. Es enthält: Die Berliner Konferenz; Eine Wendung (zum XI. Parteitag der Volkswirtschaft) von Paul Levi; Die Position von Georges von Wallhead-England; Oesterreichische Probleme von Otto Rani-Bien; Notizen; Bücherbesprechungen.

